

Zu TOP 3 Bestätigung des Protokolls der Sitzung vom 14.01.2016

Das Protokoll der Sitzung vom 14.01.2016 wurde bei 2 Stimmenthaltungen beschlossen.

Frau Alter bat darum, im Protokoll künftig die wesentlichen Wortbeiträge mit einer Namensnennung zu versehen.

Zu TOP 4 Baubeschluss für die Nutzungsänderung zweier Industriehallen in Fürstenwalde (Odersun-Hallen) zu Verwaltungszwecken Vorlage: 018/2016

Die Amtsleiterin des Amtes für IT- und Gebäudemanagement, Frau Huschenbett, führte in die Thematik ein. Sie verwies auf den Grundsatzbeschluss zur künftigen Nutzung und die Planungsunterlagen für die heutige Beratung (Entwurf der Genehmigungsplanung).

Der Vertreter des Generalplaners, Herr Grohmann, erläuterte anhand der zeichnerischen Darstellung das vom Landkreis beabsichtigte Umbauvorhaben für die künftigen Nutzungszwecke (Eingliederung eines massiven Baukörpers zur Aufnahme des Kreisarchivs, Umbau der Zellhalle zur Aufnahme der Verwaltung des BKZ sowie einer Atemschutzübungsstrecke).

Insoweit wurden das Raum- und Funktionsprogramm sowie die Anforderungen an das Brandschutzkonzept eingehend erläutert und anschließend in der Diskussion erörtert. Die Kosten wurden mit einer Schätzung über 6,6 Mio Euro angegeben. Der Planer machte deutlich, dass er auf die Freigabe seitens der entsprechenden Kreistagsgremien warte. Als Baubeginn sei der Jahresbeginn 2017 in Aussicht genommen.

In diesem Zusammenhang wurde die Frage aufgeworfen, ob die Halle, mit Blick auf die gegenwärtige Nutzung zur Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern zu diesem Zeitpunkt für die Umnutzung wieder zur Verfügung stehe.

Herr Halecker, Stabsstellenleiter SG Brand-, Zivil- und Katastrophenschutz, beantwortete die Frage dahingehend, dass die Flüchtlingsunterbringung lediglich eine Übergangsnutzung darstelle, die genehmigungsrechtlich auf 12 Monate beschränkt sei, so dass der Umnutzung ab Anfang 2017 nichts im Wege stehe.

Frau Alter fragte nach der Art der Beheizung. Herr Halecker antwortete hierauf, dass die Halle grundsätzlich elektrisch beheizbar sei, hinsichtlich der gegenwärtigen Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern aber eine ergänzende Beheizungsmöglichkeit über Flüssiggas vorgehalten werde.

Herr Rademacher stellte die Frage, ob neben der Atemschutzstrecke auch die Sprechfunkausbildung in die Halle integriert werden solle. Herr Halecker bejahte diese Frage und verwies auf die örtliche Anordnung in der Entwurfsplanung.

Herr Mangelsdorf ging noch einmal auf die Kostenschätzung ein und fragte nach kostengünstigeren Alternativgestaltungen. Herr Halecker beantwortete die Frage dahingehend, dass die Gründe für die erheblichen Kosten der Umnutzung in der Errichtungsweise der Halle, einer Stahl-Skelett-Konstruktion zu suchen seien. Der statische Feuerwiderstand sei deshalb nur von kurzer Dauer. Es müssten daher besondere Brandschutzvorgaben beachtet werden. Darüber hinaus müsse berücksichtigt werden, dass man die gesamte Elektrik neu konzipieren müsse.

Der Vorsitzende stellt die Vorlage 018/2016 zur Abstimmung.

Der Vorlage wurde **einstimmig** zugestimmt.

einstimmig zugestimmt

Zu TOP 5 Entwurf Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2016 Vorlage: 015/2016

Die Amtsleiterin der Kämmerei, Frau Wellmer, führt in das Haushaltsaufstellungsverfahren und den Haushaltsplan ein und verweist auf das gegenwärtige Defizit im Ergebnishaushalt von 4,4 Mio Euro, die noch eine Deckung suchten.

Dieses Defizit sei beim gegenwärtigen Stand der Haushaltsplanung für die Folgejahre fortgeschrieben worden. Die weiteren Beratungen könnten allerdings insoweit noch Veränderungen herbeiführen.

Frau Wellmer erläuterte auch die Gründe für die Erhöhung des Haushaltsvolumens. Insoweit kann auf die anliegend beigefügte Zahlenzusammenstellung des Power-Point-Vortrages verwiesen werden.

Der Vorsitzende verwies auf die entscheidende Sitzung des Finanzausschusses am 14.03.2016 und auf die vorbereitende Sitzung des Landrates mit den Bürgermeistern und Amtsdirektoren der Gemeinden, am 7.3.2016.

Hier spiele insbesondere das Thema: Hebesatz der Kreisumlage eine besondere Rolle sowie die Einwände der Gemeinden zum vorgelegten Haushalt des Landkreises.

Im Verlauf der weiteren Sitzung trugen die Amtsleiter bzw. die jeweiligen Vertreter der dem Ordnungsausschuss zugeordneten Ämter (Stab Brand-, Zivil- und Katastrophenschutz - Herr Halecker, StVA - Herr Münch, Kreisplanung/Wirtschaftsförderung - Herr Thoma, Landwirtschaftsamt - Herr Piefel, Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt - Herr Maczek, Ordnungsamt - Herr Schottler) zu ihren Ressorthaushalten vor. Insoweit kann ebenfalls auf die Power-Point-Beiträge der einzelnen Fachämter verwiesen werden.

Ergänzend sei angemerkt, dass der Kommissarische Amtsleiter des Ordnungsamtes, Herr Schottler, der keinen schriftlichen Beitrag vorbereitet hatte, mündlich auf bestimmte Schwerpunkte seines Verantwortungsbereiches hinwies. So sei erwähnenswert, dass insbesondere bei den Bußgeldverfahren eine deutliche Steigerung von 650 Verfahren im Jahr 2014 auf 1.055 Verfahren im Jahr 2015 zu verzeichnen sei. Für das Jahr 2016 werde eine weitere Steigerung auf 1.300 Verfahren erwartet.

Die personelle und fachliche Schwerpunktsetzung führe zu dem Ergebnis, dass gerade im Umweltbereich auch größere Bußgelder verhängt und eingebracht würden.

Erfreulich sei die Entwicklung im Schornsteinfegerwesen. Hier habe man ebenfalls eine fachliche Qualifizierung erreicht, so dass man als Fachaufsicht deutlich an Ausstrahlung gewonnen habe.

Ähnlich verhalte es sich im Jagd- und Fischereibereich. So habe man insbesondere die Zahl der Fischereiaufseher erhöht und stehe im engen Kontakt mit den Fischerei- bzw. Jagdausübungsberechtigten.

Nicht ganz so optimistisch schätzte Herr Schottler die Entwicklung der Ausländerbehörde mit Blick auf die dramatisch gestiegene Zahl der Fälle im Jahr 2015 ein. Es sei zwar richtig, dass man 4 Mitarbeiter zugeführt habe. Allerdings handle es sich dabei um neue Mitarbeiter, die sich

zunächst einarbeiten müssten, was bei der relativ komplizierten Materie des Ausländerrechts bis zur vollen Einsatzfähigkeit 2 – 3 Jahre zeitlichen Vorlauf benötigen könnte. Gegenwärtig liefe eine weitere Ausschreibung. Er dringe weiter darauf, 2 weitere Stellen zu besetzen. Dabei sei es aus seiner Sicht wünschenswert, auch die Sprachkompetenz des Personals in der Ausländerbehörde zu erweitern.

Herr Schottler wies auch auf den sich abzeichnenden Wettbewerb um gutes Personal mit dem BAMF hin, welches derzeit seinen Personalbestand erheblich ausweite und gehaltlich dem Landkreis dem Rang ablaufen könne.

Um den Abgeordneten eine quantitative Einordnung zu ermöglichen, wies Herr Schottler darauf hin, dass derzeit 5.800 ausländerrechtliche Vorgänge in seiner Behörde betreut würden und man im zurückliegenden Jahr etwa 200 Rückführungen veranlasst habe, dies allerdings auf der Grundlage der Überzeugung der Ausreisepflichtigen und damit auf freiwilliger Basis. Abschiebungen gestalteten sich demgegenüber ausgesprochen schwierig, da auch die Zusammenarbeit mit dem BAMF noch optimaler zu gestalten sei.

Der Vorsitzende fragte nochmals nach der räumlichen Ausstattung. Herr Schottler beantwortete die Frage: Er sähe gegenwärtig übergangsweise eine provisorische Lösung im Haus N, verwies aber darauf, dass gegenwärtig ohnehin Strukturüberlegungen angestellt würden, so dass man die Frage gegenwärtig nicht abschließend beantworten könne.

Auf Nachfrage der Abgeordneten, Frau Alter, hinsichtlich einer Präsenz der Ausländerbehörde in der Odersun-Halle antwortete Herr Schottler, dass selbstverständlich auch Mitarbeiter der Ausländerbehörde in der Odersun-Halle Dienst täten. Dies sei allerdings nicht ständig der Fall. Man stimme sich hier mit dem Kommunalen Jobcenter und dem Sozialamt ab.

Frau Alter stellte ergänzend fest, dass es nach ihrer Beobachtung regelmäßig zu Schlangenbildung bei der Antragsaufnahme käme. Herr Schottler entgegnete darauf, dass es ihm die gegenwärtigen Personalausstattung nicht ermögliche, quasi mit einem „Fliegenden Büro“, die Dinge so zu bewältigen, dass längere Wartezeiten vermieden würden. Herr Schottler wies zudem darauf hin, dass die Ausländerbehörde unter den gegenwärtigen Bedingungen keinen attraktiven Arbeitsplatz darstelle, was sich auf die Bewerberzahl bei internen Ausschreibungen auswirke.

Frau Gläser warf an dieser Stelle ein, dass das gesamte Personalgewinnungsverfahren aus ihrer Sicht sehr unbefriedigend sei, da immer wieder durch interne Ausschreibungen Lücken in anderen Fachämtern aufgerissen würden und so regelrechte Ausschreibungsketten in Gang gesetzt würden.

Der Vorsitzende stellt die Vorlage 15/2016 zur Abstimmung.

einstimmig zugestimmt

Zu TOP 6 Bericht über die Arbeit des Polizeibeirates V.: Frau Alter

Unter diesem Tagesordnungspunkt berichtete Frau Alter über die Aufgaben und ihr persönliches Wirken im Polizeibeirat, auch diesbezüglich darf auf die anliegend beigefügten Power-Point-Ausführungen verwiesen werden. Frau Alter kündigte an, künftig in kürzeren Zeitintervallen über die Arbeit des Beirates zu berichten.

Zu TOP 7 Sonstiges

Da keine Wortbeiträge geleistet werden, schließt der Vorsitzende die Sitzung des Ausschusses.

Dr. Eberhard Sradnick
Vorsitzender des Ausschusses
für Ordnung, Recht, Landwirtschaft und Wirtschaft

R.Lindemann
2. Beigeordneter
Protokoll